

# Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Einzelpreis 70 Heller.  
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druck u. Vertriebs: Drag 11, Kollárská 18 • Křizeb.: 26795, 31409, Kachlebařt. (ab 21 Uhr): 33558 • Dofitřdrami.: 37546

12 Jahrgang.

Dienstag, 29. November 1932

Nr. 281.

## Das Roggenbrot kommt wieder.

Prag, 28. November. Die Regierung hat heute im Senat einen Gesetzentwurf auf Erneuerung des fernerzeitigen Gesetzes über die Brotzeugung aus Roggenmehl vorgelegt.

Das Roggenbrotgesetz war im Vorjahr außer Kraft gesetzt worden, da die großen Roggenvorräte aus den vorhergehenden Jahren inzwischen aufgeschöpft waren und die Roggenrente des Jahres 1931 schlecht ausgefallen war. Da die heutige Ernte wieder beträchtlich besser ist, sollen wieder die alten Bestimmungen vom Jahre 1930 in Kraft treten, wonach der Roggen höchstens zu 65 Prozent ausgemahlen und das Brot wieder nur aus Roggenmehl mit einer Beimischung von höchstens 10 Prozent Weizenmehl erzeugt werden darf. Es handelt sich dabei überdies nur um den Monat Dezember, da am 1. Jänner 1933 die im Vorjahr erfolgte Suspendierung dieser Vorschriften ohnedies automatisch außer Kraft getreten wäre.

Die heutige Plenarsitzung des Senates dient nur der Aufhebung und Juvierung der Vorlage über die Suspendierung der Weizenzuschläge. Die Vorlage wurde nach dem Plenum von den zuständigen Ausschüssen angenommen und wird morgen früh 10 Uhr im Abgeordnetenhaus vom Plenum verhandelt werden.

## Oesterreich zahlt noch.

Und sogar in Dollarnoten!

Wien, 28. November. (M.) Die österreichische Nationalbank teilt mit, daß sie die am 1. Dezember fälligen Zinscheine und die am 26. Oktober verfallenen Schuldverschreibungen der Südbank an die österreichische Teilungsgeldausgabe, ab 1. Dezember in Dollarnoten einlösen wird. Auch früher fällig gewordene Zinscheine und verfallene Schuldverschreibungen dieser Art, soweit sie noch nicht zur Einlösung gebracht wurden, werden in effektiven Dollarnoten ausgezahlt werden.

## Der Lytton-Bericht

kommt vor das Völkerverbundplenum.

Genf, 28. November. Der Völkerverbund hat heute vormittag ohne weitere Aussprache die Verhandlungen über den Bericht der Mandchurien-Untersuchungskommission und damit über den chinesisch-japanischen Streitfall überhaupt abgeschlossen und die ganze Angelegenheit unter Einwirkung des japanischen Vertreters an die außerordentliche Völkerverbundversammlung überwiesen.

## Hilferanhänger überfallen Diplomatenkaffee.

Konigs, 28. November. Das litauische Pressebüro meldet aus Lissabon: Die Witwe des litauischen Konsuls od interim in Lissabon, Frau Palekantis, wurde dieser Tage von Hilferanhängern angefallen und durch Steinwürfe verletzt, weil sie sich mit ihrem Gatten auf der Straße in litauischer Sprache unterhielt. Dieses Ereignis rief in der litauischen Presse einen tiefen Eindruck hervor.

## Hitler siegt sich zu Tode.

Bremen, 28. November. In den 14 Landgebieten des bremischen Stadtgebietes fanden gestern Gemeindevorstandswahlen statt. Sie sind dadurch interessant, daß die Stimmen der Nationalsozialisten seit der letzten Reichstagswahl von 1191 auf 894, also um 25 Prozent, zurückgegangen sind.

## Gerüstet gegen die Arbeitslosen

Washington, 28. November. Die Polizei hat gestern ihre Pläne betreffs des Vorgehens gegen einige Gruppen von Teilnehmer an dem „Hungermarsch“, die aus allen Richtungen des Landes wieder gegen Washington zu ziehen beginnen, fertiggestellt. Der erste Trupp dieser Arbeitslosen wird hier gegen Ende der Woche, andere Truppen Anfang nächster Woche erwartet. Die Behörden des Staates Virginia und Maryland arbeiten mit der Washingtoner Polizei zusammen, um den Teilnehmern des Hungermarsches den Zutritt zur föderalen Hauptstadt unmöglich zu machen.

## Wahlerfolg der belgischen Sozialisten.

Starker Stimmenzuwachs und drei neue Mandate.

Brüssel, 28. November. Die gestrigen Parlamentswahlen haben folgendes Resultat gebracht:

	Mandate
Sozialdemokraten . . . . .	73 (70)
Katholiken . . . . .	79 (76)
Liberalen . . . . .	24 (28)
Nämliche Nationale . . . . .	6 (12)
Kommunisten . . . . .	3 (1)

Das definitive Wahlergebnis sowie die genauen Stimmenzahlen werden erst Dienstag bekanntgegeben werden.

Die Eigenart des belgischen Systems der Listenverbindung brachte es mit sich, daß die Sozialisten trotz dem sehr starken Stimmenzuwachs in allen Teilen des Landes nur

drei neue Kammermandate erobern konnten. Die sozialistischen Gewinne wurden hauptsächlich in Brüssel, Antwerpen und Verbier erzielt.

Die Katholiken gewannen ebenfalls drei neue Mandate und steigen von 76 auf 79. Die Liberalen verlieren vier Mandate. Die Kommunisten behaupteten ihr bisher einziges Mandat in Brüssel und gewannen je ein neues Mandat in Lüttich und Charleroi.

Die bisherige Regierungskoalition von Katholiken und Liberalen kann auch nach diesem Wahlergebnis wieder als gesichert gelten. Nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses erklärte aber der Parteiführer der Liberalen, seine Partei werde sich wahrscheinlich in die Opposition zurückziehen.

## Preußen als Kuhhandels-Objekt?

Schleicher will die Nazis zur Tolerierung bewegen. Die Gegenleistung: Auslieferung Preußens an eine schwarz-braune Koalition.

Berlin, 28. November. (Eigener Bericht.) General von Schleicher hat schon am gestrigen Sonntag eine offizielle Mitteilung mit einer Reihe von Politikern zur Sondierung der innerpolitischen Lage aufgenommen. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Tolerierung eines ungebildeten Kabinetts von Papen durch den Reichstag.

Für heute nachmittags hatte Schleicher sogar den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Breitscheid zu sich gebeten. Breitscheid hat ihm jedoch unabweisend erklärt, daß die Sozialdemokraten kein im untergeordnetes Präsidialkabinett tolerieren werden, ob es nun von Papen, Schleicher oder von wem immer geführt werde.

Der „Vorwärts“ erklärt, als Ergebnis könne festgestellt werden, daß eine Aenderung in der Haltung der sozialdemokratischen Partei nicht eingetreten und auch nicht zu erwarten ist.

Schleicher, dem nach dem Scheitern eines Kabinetts Papen wohl selbst die Regierungsbildung zufallen würde, bemüht sich jetzt, eine Art „Mittelschritt“ im Reichstag zustandzubringen. Er will die Nazis dafür gewinnen, daß sie zustimmen, den Reichstag bis zum Herbst oder sogar bis zum März zu vertagen.

Als Gegenleistung trägt er ihnen die schwarz-braune Koalition in Preußen an. Er bietet sich sogar an, das Reichskommisariat in Preußen aufzuheben. Es fanden auch bereits Besprechungen zwischen dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion im preußischen Landtag Lauscher und den Nationalsozialisten statt.

Da im preußischen Landtag bei der gegenwärtigen Zusammenkunft eine Mehrheit be-

reits aus Nationalsozialisten und Zentrum gebildet werden kann, würde eine Verständigung zwischen diesen Parteien genügen, um einen neuen Ministerpräsidenten in Preußen wählen zu können, dem nach der Verfassung dann die Befugnis zustünde, die übrigen Staatsminister zu ernennen.

Man glaubt nun, daß die Nazis sich vielleicht doch für eine Tolerierung entscheiden werden, da sie allen Anlaß haben, eine neue Reichstagsauflösung zu fürchten, denn die letzten Gemeindevorstandswahlen in einigen Orten Bremens haben am Sonntag wieder mit ganz entscheidenden neuerlichen Rückschlägen der Nationalsozialisten geendet.

Am Montag abends hatte der Reichswehrminister eine sehr lange Aussprache mit dem Prälaten Kaas. Im Laufe des Dienstag wird auch eine Besprechung mit zwei führenden Persönlichkeiten der NSDAP stattfinden. Erst dann wird der Reichswehrminister einen abschließenden Vorschlag über die Situation haben.

Es ist in Aussicht genommen, daß daraus eine neue Konferenz beim Reichspräsidenten gleich der vom letzten Samstag folgt. Sie wird wahrscheinlich erst am Mittwoch möglich sein. Von ihr wird die Entscheidung des Reichspräsidenten abhängen, so daß also Mitte der Woche über die Personalität des neuen Reichsanzlers Klarheit zu erwarten ist.

Bisher haben die Besprechungen des Reichswehrministers sich offiziell noch auf der Basis eines neuen Kabinetts Papen bewegt. Nach Auffassung gut unterrichteter politischer Kreise steht aber als wahrscheinlichste Lösung heute abends bereits ein Kabinett Schleicher im Vordergrund.

## Antwort aus USA:

## Dezember-Rate muß gezahlt werden.

Die Voraussetzung für weitere Verhandlungen.

Prag, 28. November. Heute wird die Antwortnote der Vereinigten Staaten auf die tschechoslowakische Note in der Angelegenheit der Kriegsschulden veröffentlicht.

Die Note leugnet nicht, daß die Weltdepression die Stellung der Schuldner verschlechtert hat; man dürfe andererseits aber auch nicht übersehen, daß die Folgen der Depression auch das amerikanische Volk schwer bedrücken. Der Präsident der Vereinigten Staaten sei der Ansicht, daß zum Zweck des Studiums der bestehenden Verbindlichkeiten ein Organismus gebildet werden sollte, wie er zur Überprüfung der Schulden aus dem Weltkriege als Beratungsorgan des Kongresses bereits früher bestand. Diese Kommission müßte die Frage mit jeder Regierung gesondert studieren. Der Präsident gedenke dem Kongress vorzuschlagen, eine Institution zu schaffen, die auf Grund der Anregun-

gen das ganze Problem einer Prüfung unterziehen würde.

Was die Verschiebung der am 15. Dezember d. J. fälligen tschechoslowakischen Rate betrifft, heißt es wörtlich in der Note, so fällt dies nicht in die Kompetenz der Regierung und es wurden aus keine Tatsachen unterbreitet, die dem Kongress zu günstiger Erledigung unterbreitet werden könnten. Unsere Regierung und unser Volk weisen zwecks Einhaltung des ursprünglichen Abkommens der am 15. Dezember fälligen Rate eine solche Bedeutung bei, daß dieses Moment bei weitem jeden anderen Grund überragt, der für einen Aufschub sprechen würde. Durch diese Beschlüsse würden sich nach meiner Ansicht die Aussichten auf weitere befriedigende Verhandlungen über die ganze Frage sehr steigern.

## Belgisch reden!

Es war in den neunziger Jahren. In Belgien und Oesterreich wurde um das gleiche Wahlrecht gekämpft. Die herrschenden Klassen wollten dem Proletariat das gleiche Recht nicht geben. Da griffen die belgischen Arbeiter zur Waffe des Generalstreiks. In Oesterreich löste das ungeheure Jubel aus. Nun erklärten die österreichischen Arbeiter, auch sie müßten, um das gleiche Wahlrecht zu erringen, mit den herrschenden Klassen der alten Monarchie belgisch reden . . .

Daran erinnert man sich jetzt, da angesichts der Stärke der Reaktion in Mitteleuropa unsere belgischen Genossen einen glänzenden Wahlsieg errungen haben. Neben den Arbeitern Dänemarks werden sie in den Kämpfen der nächsten Zeit dem gesamten internationalen Proletariat als leuchtendes Beispiel dienen. Mögen auch die Arbeiter der übrigen Länder Europas lernen, mit den herrschenden Klassen belgisch zu reden!

Bis zum Jahre 1919 hatte in Belgien die katholische Partei die unbestrittene Mehrheit des Parlaments hinter sich. Seit dieser Zeit hat keine der drei großen Parteien, Katholiken, Liberalen und Sozialdemokraten, die Mehrheit. Bei den Wahlen des Jahres 1925 konnte die sozialistische Partei die katholische überflügeln, bei den Wahlen von 1929 jedoch wurde die katholische Partei wieder die größte. Seither stützte sich die Regierung auf eine Koalition der Katholiken und Liberalen. Aber schon seit längerer Zeit kriselte es innerhalb der Regierung und die für die Sozialdemokratie vorgesehenen Gemeindevorstandswahlen vom 6. Oktober dieses Jahres machten den weiteren Bestand der bisherigen Koalitionregierung unmöglich, es blieb nichts anderes übrig, als Neuwahlen auszusprechen.

Ihre Hauptursache haben die Regierungsschwierigkeiten auch in Belgien in der Wirtschaftskrise, von der das kleine Land nicht verschont geblieben ist. Wie in der Tschechoslowakei äußert sich die Wirtschaftskrise auch in Belgien augenblicklich besonders in der Krise der Staatsfinanzen. Das Budget weist ein Defizit von zwei bis drei Milliarden belgischen Franken (ungefähr zwei bis drei Milliarden Kč) aus und die Befriedigung dieses Defizits bildet den Gegenstand schwerer Kämpfe im öffentlichen Leben Belgiens. Die katholische Partei ist uneinig, die christlichen Gewerkschaften kämpfen gegen die Besprechungen, die Kosten der Krise auf die Schultern der arbeitenden Klassen abzuwälzen und es ist schon zu einer gewissen Annäherung zwischen christlichen und sozialistischen Gewerkschaften in der Finanzfrage gekommen. Ausgesprochen der Vorstoß der liberalen und katholischen Unternehmer gegen die Arbeitslöhne und die belgische Sozialpolitik ist auf den Widerstand aller Gewerkschaften gestoßen. So ist die katholisch-liberale Koalition nicht imstande die Finanzkrise zu lösen. Sie hat Belgien auf den Weg der Anleihenwirtschaft gedrängt, der aber auf die Dauer nicht begangen werden kann.

Eine zweite Schwierigkeit für die bürgerliche Koalition ist die Sprachenfrage in Belgien. Die Bevölkerung des Landes zerfällt in zwei Volksstämme, die französischen Flandern und die den Holländern verwandten Flamen, von denen bis zum Weltkriege die Flamen die herrschende Nation gewesen sind, während seither die Flamen einen erbitterten Kampf um ihre Gleichberechtigung führen. Die bürgerlichen Parteien stehen der nationalen Frage hilflos gegenüber, während sich die Sozialisten beider Volksstämme auf das Programm der kulturellen Autonomie geeinigt haben.

Die bürgerlichen Parteien haben in der Wahlkampagne sich aller Mittel bedient, um die Partei der Arbeiter niederzurufen. Sie haben insbesondere die Sozialdemokratie beschuldigt, daß sie die Währung wütieren werde, wenn sie zur Herrschaft käme. Dagegen

haben die Sozialdemokraten alle Finanzkardinal und Bankzusammenbrüche der letzten Zeit vor der Bevölkerung enthüllt und in den Versammlungen ein unabweisendes Bekenntnis für die Abstützung abgegeben. Unter Führung Vanderveldes wurde der Wahlkampf mit sozialistischer Grundfähigkeit geführt. Der revolutionäre Charakter der Sozialdemokratie wurde von dem Führer der Partei mit aller Deutlichkeit hervorgehoben und an dem Verfall der Wirtschaftskrise gezeigt, daß der Kapitalismus sich im Zusammenbruch befindet. Der außerordentliche Schwung, mit dem die Partei den Wahlkampf geführt hat, hat auch den wohlverdienten Sieg der Sozialdemokratie gebracht.

Die Wahlen in Dänemark, wo die So-

zialdemokratie 70.000 neue Stimmen gewonnen hat, die Wahlen in Belgien, wo die Partei mit einem erheblichen Stimmen- und Mandatsergebnis das Schlachtfeld verlassen hat, zeigen, daß die Behauptungen der Bürgerlichen, Sozialdemokratie sei überall im Rückgang begriffen, unrichtig sind. Wohl ist die Sozialdemokratie in manchen Ländern augenblicklich in die Verteidigung gedrängt, aber in anderen Ländern trägt sie ihren Angriff weit in das bürgerliche Lager vor. Es ist der Tag nicht weit, wo auch die Arbeiter der anderen Länder ihren dänischen und belgischen Klassengenossen folgen und einen tiefen Einbruch in die Reihen unserer Gegner vollziehen werden.

## Unter falscher Flagge!

### Bürgerlich-kommunistischer Mißbrauch der Arbeitslosennot.

Wir haben schon einigemal auf das verächtliche Verhalten der Vertreter bürgerlicher Parteien zur Arbeitslosenfrage hingewiesen und haben dargestellt, daß die gleichen bürgerlichen Parteien, deren Repräsentanten jetzt eine Konferenz nach der anderen einberufen, um über die Arbeitslosennot zu reden und über Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Not zu beraten, daß diese gleichen Parteien jahrzehntelang die grimmigsten Feinde der Arbeiterschaft gewesen sind, die jede soziale Forderung, sei sie wirtschaftlicher oder politischer Natur mit den brutalsten Mitteln abgelehnt haben, ja, die noch vor wenigen Jahren in der Zeit des Bürgerkriegsregimes die Gefolge schufen und verteidigten, die zu der gegenwärtigen furchtbaren finanziellen Situation in Gemeinden und Bezirken geführt haben. Wir müssen auch heute, nachdem wir in der bürgerlichen Presse und vor allem in der „Reichenberger Zeitung“ den Bericht über die Konferenz der Vertreter der deutschen Gemeinden von Trautenau bis Teschen, die Samstag, den 26. November in Reichenberg stattgefunden hat, gelesen haben, das gleiche Urteil über diese verächtliche Freundschaft des Bürgertums gegenüber den Arbeitslosen fällen. Noch mehr, wir werden durch die Wiedergabe der Verhandlungen dieser Konferenz in der „Reichenberger Zeitung“ dem Organ der Industrie und des Handels in unserer bisherigen Meinung noch verstärkt, wenn wir klar aussprechen: die Arbeitslosen sind zu all diesen Konferenzen nur der Vorwand,

der Sinn und Zweck der Beratungen und Beschlüsse und deren groß aufgemachte Wiedergabe in der bürgerlichen Presse, ist der Kampf gegen die Sozialdemokratie im allgemeinen, eine Attacke gegen den sozialdemokratischen Fürsorgeminister im besonderen.

Es ist außerdem noch der Versuch, die Arbeitsdienstpflicht auf breiter Basis zu propagieren.

Die Arbeiterschaft kennt die gleichen Leute, mögen sie Kosska, Günzel oder Casourel oder anders heißen, es sind die typischen Vertreter des reaktionären Bürgertums, es sind die Leute, deren oberstes Ziel von jeher der Kampf gegen die Sozialdemokratie gewesen ist und sie haben sich nicht geändert. Nur die Methode ist der Zeit angepasst worden. Auf einmal entdecken diese Leute, daß es den Arbeitslosen furchtbar schlecht geht, auf einmal wissen sie, daß diese Hunger leiden, daß sie Schulden machen müssen, um leben zu können, daß sie zu Hause in einem Bett lie-

gen und im Falle der Krankheit hilflos bleiben. Wir Sozialdemokraten haben all das schon vor Jahren und Jahrzehnten gewußt und bei jeder Gelegenheit ausgesprochen.

Sie aber, sie reden jeweils nur dann von der Not der Arbeiter, wenn sie glauben, aus dieser Not politisches Kapital schlagen zu können.

War denn nicht auch in den Jahren 1925 und 1927 ein Arbeitslosenheer in diesem Staate zu verzeichnen? Haben nicht auch damals die Arbeitslosen Hunger gelitten? Waren sie nicht auch damals dem gleichen Wohnungsnot ausgehört wie heute und sich selbst überlassen, wenn sie krank waren? Aber die Vertreter der christlich-sozialen Partei, der Wirtschaftsgemeinschaft, der Gewerbe- und Nationalpartei, sie haben von dem Arbeitslosennot nicht geschrieben. Damals hätten sie wider ihr eigenes Blut sündigen müssen, wenn sie die Verhältnisse aufgezeigt hätten. Sie schwiegen also. Sie übergingen das Elend. Heute aber, wo man die deutschen Sozialdemokraten, die einzige deutsche Partei, die man jetzt und für die Zukunft fürchtet, verantwortlich zu machen glaubt für die Sünden der kapitalistischen Gesellschaft, heute reden sie aufreizender oft als die Kommunisten, über die wir uns übrigens nicht besonders auslassen müssen, wenn wir das hören, was sie gelegentlich anderer und der letzten Konferenz der Gemeindevorstände zu sagen hatten. Sie haben früher schon erklärt, daß ihr Kampf der Enttarnung der Sozialdemokratie dient. Wir kennen sie und unsere Arbeiter wissen ihr Verhalten gewiß richtig einzuschätzen. Uns geht es vor allem darum, einmal ohne Umschweife auszusprechen, daß wir nicht an die Arbeiterfreundlichkeit des Bürgertums glauben, sondern daß diese Arbeiterfreundlichkeit einem politischen Demagogentum ärgster Art entspringt und nichts anderes zum Ziele hat als die Beschmutzung der deutschen sozialdemokratischen Partei, als die Verdächtigung ihrer ersten Führer.

Da werfen sie mit Zahlen herum, die offenbar von niemand noch kontrolliert worden sind, da erzählen sie nur, daß die Arbeitslosenziffern in den letzten Monaten gestiegen sind, hüben sich aber auch zu sagen, daß in der letzten Zeit die Beträge, die sich unsere Genossen in harter Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Vertretern in der Regierung erkämpften, ebenfalls gestiegen sind, kein Wort wurde davon gesagt, daß der

Bezirk Reichenberg, von dem Herr Casourel in der „Reichenberger Zeitung“ in so rührenden Tönen schreibt, 440.000 Kronen im August, aber 500.000 Kronen im Oktober erhalten hat, nichts davon, daß man für Deutsch-Babel den Betrag für die Ernährungaktion von 90.000 Kronen im August auf 125.000 im Oktober, für den Bezirk Teichen von 360.000 Kronen auf 395.000 Kronen, im Bezirk Böhmen-Leipa von 458.000 Kronen auf 480.000 Kronen gesteigert hat. Das darf man nicht aussprechen, sondern man darf nur weiter verdächtigen und sagen: „dieser allgemeine Notschrei, welcher in Form einer Eingabe an das Ministerium für soziale Fürsorge weiter gebildet wurde, ist wohl „ordnungshalber“ dortselbst registriert worden und wanderte zu den übrigen Resolutionen und Entschuldigungen aus dem hungernden Nordböhmen“.

Gibt es eine größere Gemeinheit, als zu behaupten, Genosse Dr. Czech nehme die Besichte über die Not und das Elend gleichgültig entgegen und lege sie ab, als ob nichts geschehen wäre.

Zur gleichen Zeit, da die Vertreter der Wirtschaftsgemeinschaft und der Nationalpartei, die Vertreter der deutschen Gewerbe- und Nationalpartei über die Unzulänglichkeit der sozialen Fürsorge reden und schreiben, da wird im internen Kreise ihrer Organisationen über den Abbau der sozialen Fürsorge auf der ganzen Linie beraten und gelegentlich auch geschrieben. Abbau der Lasten, die ihnen angeblich die Sozialversicherung bringt, Abbau des Mieterschutzes usw. Ja noch mehr! In den gleichen Konferenzen, in denen sie die Not der Arbeitslosen in allen Farben zu schildern versuchen,

verlangen sie die restlose Verflavung der Arbeitslosen durch ihre Forderung nach Einführung der Arbeitsdienstpflicht.

Solange die Dienstpflicht mit der Fürsorge für die Arbeitslosen im Zusammenhang bringen, bleibt der Charakter dieser Arbeiterfreundlichkeit gewahrt. Was sie wollen ist und muß jedem Arbeiter und Arbeitslosen klar werden: auf-

## Die Demokratie und das Deutschtum in der Tschechoslowakei.

### Die „Bohemia“ gegen die faschistischen Bestrebungen der Hakenkreuzler.

Wir haben schon einige Male darauf hingewiesen, was für ein Unfug es ist, wenn unsere heimischen Hakenkreuzler gegen die Demokratie aufstehen, weil ein Faschismus in der Tschechoslowakei nur ein tschechischer Faschismus sein könnte, der für die Sudetendeutschen das denkbar größte Übel wäre. Auch die „Bohemia“ ist nun, und zwar in ihrem Beilagenblatt vom letzten Sonntag, darauf gekommen, daß gerade die Deutschen in der Tschechoslowakei die Demokratie schätzen und für ihre Erhaltung kämpfen müssen. Das Blatt schreibt nämlich:

Denn was bedeutet in der Tschechoslowakei der Kampf gegen die wenigen wirklich demokratischen Rudimente, die hier noch vorhanden sind, und die schrankenlose Begeisterung für ein anderes System, das doch nur eine Diktatur oder bestenfalls eine vershleierte Diktatur sein kann? Was würde ein Faschismus in der Tschechoslowakei aussehen und wie würde er sich auf die Deutschen auswirken? Meinen die Nationalsozialisten vielleicht, man würde ausgerechnet einem Deutschen die diktatorischen Gewalten in die Hand drücken und ihn bitten, gütigst die Burgzimmer

peitschen die Gemüter, um die Arbeiter unter der geistigen Führung der Kommunisten zum Aufstand wider die sozialdemokratische Partei zu führen. Zum Aufstand und damit auch zum Anschlage gegen die Partei, die das Bürgertum bedroht.

### Wiederwertung der Sozialdemokratie, Beseitigung des sozialdemokratischen Fürsorgeminister, das ist für sie das Ziel bei der Kampagne um die Arbeitslosen.

Sie bereiten sich auf politische Kämpfe vor und so wie es immer gewesen ist, so ist es auch heute. Bei politischen Auseinandersetzungen, da legen sie das Leid des Arbeiter- und Menschenfreundes an. Da werden sie zu Anführern — nicht der bürgerlichen Gesellschaftsform, die den Hunger und das Elend herbeigeführt hat, sondern der Partei, die das Elend zu beseitigen versucht. Deshalb folgen wir in Anbetracht dieser offenkundigen demagogischen Kampfmethode des Bürgertums und der Kommunisten zu unseren Arbeitslosen:

„Seht euch eure Freunde gut an, forschet nach, was sie gestern noch gegen euch im Schilde führten.“

Ihr seid tausendmal von dem gleichen Bürgertum belogen und betrogen worden. Hütet euch, ihnen noch mal zum Opfer zu fallen! Sagt ihm: wenn ihr uns helfen wollt, dann unterstützt die Forderungen unserer Partei! Nicht in Konferenzen, sondern an den zuständigen Stellen, in denen ihr mitentscheidend seid, ganz gleich, ob in Staat oder Gemeinde.

Die Sprache, die ihr führt, die ist jene der Faschisten in Italien, vor dem Marsch auf Rom. Sie ist jene der Nationalsozialisten in Deutschland, die vor Arbeiterfreundlichkeit triefen und dennoch die reaktionärsten Schrittmacher des Kapitalismus sind. Wir erkennen euch trotz eurer Maskierung und wissen um was es geht. Ihr werdet auch mit dem Mittel der politischen Demagogie, den Kampf, den wir in dieser Zeit um die Arbeitslosen führen, nicht gewinnen!

auf dem Stadtschein zu beziehen? So einseitig ist denn doch wohl auch der jüngste Volkspartmann nicht, daß er sich etwas derartiges einreden ließe. Ein tschechischer Diktator aber würde angesichts der herrschenden Tendenzen jedenfalls bestrebt sein, den schärfsten und draufgängerischen Nationalismus zu fördern, um seine Gewalt darauf stützen und damit ausbauen zu können. Die Aufregung der nationalen Instinkte hat sich ja noch immer als die leichteste und verhältnismäßig billigste Methode erwiesen, die Instinkte der Massen zu gewinnen, seit der religiöse Fanatismus sein Durchschlagsvermögen und sein Anziehungskraft eingebüßt hat. Ein tschechischer Faschismus würde wohl nichts anderes bedeuten, als daß das Parlament vollständig ausgeschaltet und daß damit auch die letzten Möglichkeiten, auf einer Tribüne von der Autorität der gesetzgebenden Körperschaften für die Rechte des Volkes einzutreten, mit einem Federstrich ausgelöscht würden. Die übrigen Selbstverwaltungskörper, wie Land, Bezirk und Gemeinde, würden wohl sehr bald nachfolgen. Daß die Presse nichts zu machen hätte und daß jede nationalgerichtete Versammlungstätigkeit zur Aufklärung der deutschen Volksmassen ausfallen würde, bedarf ebenfalls nicht erst einer langatmigen Erläuterung. Und wie es etwa mit dem Widerstand eines Volkes seit der Erfindung des Maschinengewehrs bestellt ist, solange die bemaffnete Macht ein Werkzeug in der Hand des Diktators ist, dürfte auch in nationalsozialistische Kreisen nicht unbekannt sein.

6

**Franz Heller:**

## Der k. u. k. Sanitätsdickus

Stellte er eine Frage, so hatte er niemals die Geduld, die Antwort abzuwarten, sondern beantwortete sie selbst — Selbststreiter. Wo sind die anderen Freiwilligen? Unsere Menage schmeckt den Herrschaften nicht, ei, keine Soldaten sind das! Ja, im Krieg werden sie auch ins Gasthaus gehen, ja, aber Sie sind vernünftig. Sie ziehen gewöhnliche Menage vor, das ist militärisch und was militärisch ist ist vernünftig, alles andere ist Blödsinn, aber das sehen Sie nicht ein, was? Ja, aber sich die treffen an unserer Menage, das paßt Ihnen, was? Ein angehender Militärarzt muß wissen wie der Soldat gepflegt wird, das brauchen Sie mir nicht erzählen, das weiß ich selbst, verstanden? Von Ihnen lasse ich mir nichts weismachen.

„Ich habe doch nichts gelogt.“

„Das ist eine freche Antwort Sie müssen wissen, daß Sie hier nichts zu sagen haben, wenigstens mir nicht, verstanden, na also, wie heißen Sie?“

Da Emil dieser Fremdling nicht ganz geheuer vorkam, hüllte er sich in Schweigen.

„Aha Sie wollen mir Ihren Namen nicht verraten?“

„Ich möchte schon, aber ich traue mich nicht.“

„Verstehe, verstehe, Sie kennen mich nicht und wollen keine militärischen Geheimnisse verraten, aber Sie müssen mich kennen, verstanden? Ich bin Hauptmann Weigner, merken Sie sich das! Wie heiße ich?“

„Herr Hauptmann Weigner.“

„Neben Sie nicht so viel, das weiß ich früher als Sie, aber Ihren Namen werde ich

mir notieren. So, Emil Melisch, das genügt, das hätten Sie gleich sagen können, statt mich durch Ihre unnütze Vielrederei aufzuhalten! So jetzt essen Sie weiter, das Essen ist Ihnen kalt geworden, was, gehen Sie ins Gasthaus, kaufen Sie sich ein anderes, vorwärts! Ach so, Sie haben kein Geld. Und das können Sie nicht sagen? Ich borge Ihnen, da nehmen Sie, das ist Kameradschaft.“

„Geld hätte ich selbst.“

„Na also, vorwärts.“

„Ich darf nicht.“

„Wer sagt das, wer? Wenn Ihnen Hauptmann Weigner einen Passierschein ausstellt, dürfen Sie bis zum Kaiser von China, da ist er, vorwärts!“ Der mit der Truppe zurückgelassene Leutnant war während, Emil nicht vorgefunden zu haben, dabei aber ahnte er noch nicht einmal die Zusammenhänge! Hatte er Emil in Gemütlichkeit bei dem zweiten Mittagessen gewußt, wäre er außerstande gewesen, seine eigene Wahlzeit zu genießen, so aber ließ er sich schmecken in der Vorrede, sich den Delinquenten am nächsten Tage gehörig auszuborgen. Klein auch das sollte ihm nicht gelingen, denn über Befehl des Regimentskommandanten, dem Hauptmann Weigner von dem wackeren, freiwillig Mannschafskost essenden Soldaten erzählt hatte, mußte er dem verhassten Dickus drei Tage dienst- und stationsfrei geben. Emil direkt nach den Urlassen der Sympathien des Regimentskommandanten zu fragen, wollte der Leutnant nicht, das wäre erstens eine unnütze Auszeichnung gewesen und zweitens sollte sich der dicke Keel ja nicht einbilden, so etwas würde ihm imponieren, Emil selbst tat in der Richtung sehr geheimnisvoll und ließ nur ab und zu etwas in dem Sinne verlauten, als hätte er die Tochter des Regimentskommandanten von einer gefährlichen Krankheit geheilt. Das mochte stimmen oder auch nicht, jedenfalls behandelte ihn in der Folgezeit der Leutnant nach dem Verspruch: Tu du mir nichts und ich tu dir auch nichts.

Am Stammtisch wurde Emil sehr bewundert; noch so kurzer Dienstzeit schon Urlaub, meine Herren, das bedeutet Karriere, wenn das so weitergeht, ist er in drei Wochen Stabsarzt, denn eine Charge hat er schon heute, nur aus Bescheidenheit, damit sich die anderen nicht kränken, trägt er die Sterne in der Tasche, im Portemonnaie. Aber der alte Melisch traute der Situation nicht ganz und in der Befürchtung von Scherereien wegen des Verbergens eines Defektens bog er sich in die Kaserne, um die Zusammenhänge des unerwarteten Urlaubs zu erfahren. Dort hörte er von Zugführer Hofhansel die Geschichte von der wunderbaren Heilung der Tochter des Regimentskommandanten; abends berichtete er am Stammtisch und seither wurde Emil als höheres Wesen betrachtet und verehrt.

„Pünktlich fünf Minuten vor der Zeit rückte er ein und wurde von Zugführer Hofhansel gleich zu dem Assistenzarzt geführt: „Der Freiwillige Melisch hat wieder einmal seine Abstinenzerscheinungen.“

Der Assistenzarzt verordnete wieder sein bewährtes Rezept, fünf Tage Kamtschatka und eine Flasche Rum aus der Kantine und Emil lebte sich auf diese Art nicht allzu schwer in der Kaserne wieder ein, zumal die militärische Ausbildung der angehenden Feldchirurgen so ziemlich beendet war und die fachliche Schulung begonnen hatte. Eigentlich sollte sie von dem alten Stabsarzt besorgt werden, der indessen immer gerade beruflich verhindert war und den Unterricht Hofhansel überlassen mußte.

„Hut! — aacht! Wir nehmen durch die Belehrung über erste Hilfe bei Unglücksfällen und plötzlichen Erkrankungen. Also alle müssen aufpassen, denn auf das, was Sie davon auf der Universität gelernt haben, können Sie sich nicht verlassen, das ist Theorie, die kann stimmen oder auch nicht, wir brauchen Praxis, das heißt, wie es gemacht wird, ich glaube, ich spreche verständ-

lich, nicht? Na also, wenn Sie gebildete Leute sein wollen, müssen Sie mich verstehen, aber deswegen darf sich niemand auf seine Bildung etwas einbilden, denn voriges Jahr haben wir einen Erkranken gefunden und ein Einjährig-Freiwilliger-Mediziner hat nicht einmal verstanden, ihm die Ziesel auszugehen, also was nützt die ganze Intelligenz, wenn man sie nicht anwenden kann. Also, erste Hilfe bei Unglücksfällen und plötzlichen Erkrankungen. Heute nehmen wir durch das erste Kapitel. Das erste Kapitel heißt: unsere Vorgesetzten. Man schreibt sie genau unter einander, angefangen von dem kleinsten, das ist der Kameradschaftskommandant, bis hinauf zu dem höchsten, das ist der Armeekorpskommandant, wissen müssen Sie die Namen aber nur bis zum Divisionskommandanten. Also schreiben Sie mir nach: Unser Kameradschaftskommandant heißt Herr Gefreiter Wenzel Czapel. So, und jetzt frische Zelle und das geht so weiter bis zum Divisionskommandanten. Versteht es jemand nicht, aber hat jemand dazu eine Frage? Der soll sich melden, also, Melisch, was wollen Sie wissen?“

„Welche gehorsamt, Herr Zugführer, wie lange könnte das belästigt dauern, bis es unser Kameradschaftskommandant Herr Gefreiter Wenzel Czapel, bis zum Divisionskommandanten befragt?“

„Sehen Sie sich, das geht nicht, und weil jemand, warum es nicht geht, der soll sich melden! Also Melisch!“

„Welche gehorsamt, Herr Zugführer, strengenommen mußte es geben, weil beim Militär alles gehen muß.“

„Das ist wahr, aber Divisionskommandant Herr Gefreiter Czapel niemals werden, weil er nicht die Kriegsschule besucht hat. Divisionskommandant kann nicht einmal ich werden. Also gehen wir weiter! Was wollen Sie, Melisch?“

(Fortsetzung folgt.)

# Nordböhmens Hilferuf

## Versammlung der Bürgermeister Nordböhmens in Reichenberg

Am Samstag, den 26. November d. J., haben sich in der Volkshalle des Reichenberger Rathauses rund 250 Bürgermeister, Gemeindevorsteher und Gemeinderäte versammelt, um über das wichtigste Problem der Gegenwart, die Arbeitslosenfürsorge, zu beraten.

Bürgermeister Czirnich (Haida) eröffnete die Versammlung. Er betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß die Not die Vertreter der Gebiete Nordböhmens zusammengeführt habe und daß die Not zu sprechen habe. Er lehnte es vor allem ab, aus dieser Versammlung ein politisches Schauspiel zu machen. Dieser Wunschklausur ohne Zweifel den sehr zahlreich anwesenden kommunistischen Vertretern, die es auch tatsächlich in der folgenden Aussprache versuchten, eine linke, fruchtlose Debatte zu drehen und absichtlich die Versammlung in ein Chaos zu führen versuchten.

Bürgermeister Senator Kostka (Reichenberg) erklärte, daß alle Gebiete unter derselben Not leiden. Er berichtete über einzelne Notstände und entwickelte seine Ansichten zur Linderung. Der Vorsitzende Bürgermeister Czirnich ergänzte den Bericht Kostkas. Er erzählte, daß bei der letzten Besprechung mit dem neuen Ministerpräsidenten Malypetr dieser die Zusage gemacht habe, daß für die Arbeitslosen Kartoffeln und Kohle herbeigeschafft werden soll. Mehr als unerschrocken gestaltete sich die Besprechung beim Finanzminister Trapl, der verlangte, daß die Gehaltskarten noch spärlicher verteilt werden sollen. Czirnich schilderte dann die traurige Lage der Glasindustrie des Haidaer-Steinbrunnens in Gebieten. Stadtrat Günzel (Haidau) führte in seinen Feststellungen aus, daß das Gebiet Haidau und Deutsch-Gabel schon seit dem Jahre 1924 unter der Krise leidet. Viele Arbeiter, die 1924 unter der Krise leidet. Viele Arbeiter, die früher im Reichenberger Gebiete beschäftigt waren, sind arbeitslos zurückgekehrt. Es gibt viele Arbeiter, die nicht einmal ein Verzeichnis haben, da sie seit dem Jahre 1929 keine arbeitsverpflichtende Beschäftigung hatten. Er kam dann auf die Auflösung des Hilfsausschusses durch den Rat Hylsokil zu sprechen, die durch ein Memorandum erfolgte. Er forderte, an einem Tage für die Forderungen der Arbeitslosenfürsorge zu demonstrieren. Nach ihm sprach der kommunistische Abgeordnete Höhnle. Er wendete sich gegen die Pfandungen der Gewerkschaften für die Arbeiter. Zum Schluß seiner Ausführungen formulierte er die Anwesenenden auf, zusammen mit den Arbeitslosen große Demonstrationen durchzuführen. Vizebürgermeister Casoure (Maffersdorf), Kommunist, gab einen Bericht über die Verhältnisse im Reichenberger Gebiete und schilberte die Lebenshaltung der Arbeitslosen. Auch er forderte die Anwesenenden auf, daß sich die Gebiete am 5. Dezember den Reichenberger Arbeitslosen zur Seite stellen und überall große Demonstrationen durchführen.

Nach dieser letzten Forderung setzt eine lebhafte Auseinandersetzung zwischen den bürgerlichen und kommunistischen Vertretern ein. Der Vorsitzende betont abermals, daß diese Versammlung nicht als politisches Schauspiel geplant war.

Nachdem sich der Tumult gelöst hatte, eröffnet Vizebürgermeister Gen. Kehler (Bodenbach) das Wort und stellte den Antrag, daß ein fünfgliedriges Komitee gewählt werden solle, das eine den Verhältnissen entsprechende Resolution entwerfen und der Versammlung vorlegen soll. Die kommunistische Deputation spielte, wie er, daß hier vernunftbewußte Mäntel zusammengekommen seien und daß es nicht zweckmäßig wäre, diese Versammlung in einem Tumult untergehen zu lassen. Das würden die Arbeiter nicht verstehen. Gen. Kehler berichtete über die Arbeitslosenfürsorge der Stadt Bodenbach. Bis jetzt konnte noch immer aus städtischen Mitteln wirksame Abhilfe geschaffen werden, während im nächsten Jahre sich auch Bodenbach in die Reihe der schwergeprüften Städte stellen wird. Er wendete sich gegen die Nationalisierung der Chaudoir-Werke mit der Kräftigung in Prag, wodurch die bisher von der ersten genannten Firma zahlbaren Steuern nicht mehr der Stadt Bodenbach zufließen, sondern der Stadt Prag zukommen werden. Die Bürokratie in diesem Staate hat kein Verständnis für die Gemeinden im deutschen Gebiete. Sie verzögert unendlich die Voranschlagsberichtigungen. Kehler fordert vor allem ein Ministeratorium für die Arbeitslosen, da nichts geeigneter ist, die Bevölkerung zu mobilisieren als wenn Arbeitslose aus ihren Wohnungen geworfen werden und dann der Kälte und Schmutz verfallen sind. Er kam auf die Ausführenden Hiltas in Prag zu sprechen, denen er entgegenstellte, daß es nicht zweckmäßig sei, zwischen Slowaken und Deutschen künstliche Gegensätze zu erzeugen, da wir die Not in Karpathenland sehr gut kennen und nur fordern, daß auch dasselbe Verständnis dem deutschen Gebiete entgegengebracht wird. Wir müssen inländische, einen Notstand zu formalisieren und müssen verhindern, daß aus Deutschböhmen kein großes Rothau wird. Der Antrag des Gen. Kehler wird angenommen.

Im weiteren sprachen noch Vertreter verschiedener Gemeinden, vor allem Kommunisten, die zwar keine Vorschläge für die Beseitigung der geschilderten Verhältnisse brachten, aber desto mehr die Forderung stellten, daß alle Bürgermeister, an der Spitze der Arbeitslosen, am 5. Dezember demonstrieren sollen. Es kam meh-

reremale zu stürmischen Gegensätzlichkeiten, wodurch der ruhige Verlauf der Versammlung oft bedroht war. Den Kommunisten war es anscheinend darum zu tun, auch hier das übliche Gezeiter an den Tag zu legen, das zwar viel Aufsehen macht, aber den Arbeitslosen sicherlich nicht helfen kann.

Die vorgelegte Entschlieung hat folgenden Wortlaut:

### Nottschrei der deutschen Städte und Gemeinden Nordböhmens.

Die am 26. November 1932 in Reichenberg versammelten rund 250 Bürgermeister, Gemeindevorsteher und Referenten für Arbeitslosenfürsorge für das Gebiet von Teich bis Trautenau haben die Ausführungen der einzelnen Vertreter aus diesen schweren notleidenden Gebieten verfolgt und sind in nachfolgenden Beratungen zu dem Entschluß gekommen, folgende Forderungen als Nottschrei an die Regierungsstellen, sowie an die gesamte Öffentlichkeit zu richten.

Ein harter Winter steht vor der Tür und läßt für unsere Gebiete das schlimmste befürchten. In allen Gemeinden ist die gleichgroße Not unter der arbeitslosen Bevölkerung: keine Nahrung, keine Kleidung und kein Heizmaterial. Wer zahlt die Mietzinsen? Es droht uns Hungernot, der der größte Teil der Arbeitslosen unbedingt zum Opfer fallen muß. Daher fordern wir:

1. Für die Durchführung von Notstandsarbeiten sind den Gemeinden und Bezirken zinsfreie Investitionskredite beizustellen, die bereits laufenden Anleihen um Zuschüsse und Darlehen für solche Arbeiten sind sofort zu erledigen.
2. Sofortige Einführung einer allgemeinen Arbeitslosenunterstützung, weil sich das Genet System mit Rücksicht auf den Umfang der Arbeitslosigkeit als nicht zureichend erwiesen hat, erhöhte und regelmäßige Zuteilung von staatlichen Lebensmittelkarten und Milchkarten für die Arbeitslosen sowie sofortige Bezahlung dieser Karten.

### Das Verlagen des politischen Katholizismus.

Anlässlich der Bemühungen, zu einer Zusammenarbeit zwischen den tschechischen und deutschen Klerikalen zu gelangen, wofür sich der Abt von Braunau unlängst in einem Interview ausgesprochen hat, schreiben die „Nové Roviny“ über die Politik der deutschen Christlichsozialen:

Der nationale Radikalismus dieser Partei, der sie auch in einen Konflikt mit der kirchlichen Autorität brachte, ist der Mantel, welcher gewisse wirtschaftliche Interessen verbirgt. Den größten Einfluß auf die Politik dieser Partei übt der durch die Bodenreform betroffene hohe Adel aus, genau so wie die hohe deutsche Geistlichkeit, welche der Republik bisher nicht auf den Geschmack gekommen ist. Der steigende Einfluß des Adels Gesmer auf diese Politik der Partei ist ein Beweis, daß die Partei mehr die Interessen des ehemaligen Adels und der hohen Geistlichkeit beachtet als die Interessen der breiten Wähler-schichten. Die Gewerkschaftsorganisationen der deutschen Christlichsozialen Partei haben keinen Einfluß auf die Politik der Partei, obwohl sie einen ziemlich starken Faktor darstellen. Als Vorbild dient der Partei mehr die Politik der Christlichsozialen in Oesterreich als der des Zentrums in Deutschland. Ihr Kampf gegen die deutsche Sozialdemokratie weist keine großen Erfolge auf; die Agitation gegen den Bund der deutschen Landwirte geht auch nicht gut. Diese Schwierigkeiten sucht die Partei durch den nationalen Radikalismus zu überwinden, hoffend, daß sie etwas von der nationalen Welle auffängt, welche durch unsere deutschen Gebiete geht. Der deutsche Katholizismus hat auf einem sehr wichtigen Gebiete verlagert. Es war ein Katholizismus dazu vorherbestimmt, für die Zusammenarbeit zwischen Tschechen und Deutschen im allgemeinen und zwischen den katholischen Parteien im besonderen einzutreten. Aber die politischen katholischen Parteien haben nicht nur keinen gemeinsamen Bloß zu schaffen gewußt, sondern sie haben nicht einmal ruhige Formen des Zusammenlebens gefunden.

### „Revolutionäres Einreiten.“

#### Ein Urteil über die Tätigkeit der Siebener-Kommission.

Wir haben dieser Tage das anerkannteste Urteil wiedergegeben, welches die „Bodemla“ der Arbeit der siebenjährigen Budgetkommission der Koalitionsparteien gemeldet hat. Rochstehend verzeichnen wir noch die interessantesten Äußerungen des Chefredakteurs des „Čestá Slovo“ R. S. Klíma, der unter dem obigen Titel schreibt:

Welchen Gewinn würde es für die Staatswirtschaft bedeuten, wenn schon in normalen Zeiten das Parlament zu dieser zweckmäßigen Kontrolle und Mitarbeit zugelassen würde! Jetzt hat es sich gezeigt, daß selbst die drakonischsten finanziellen Ersparnisse nicht genügen und daß die Finanzkrise ohne Sparungen an den Personalausgaben nicht zu lösen ist. Stellen wir diesem Ergebnis der parlamentarischen Ersparungs-

3. Einreichung der durch die bestehende Krise erwerbslos gewordenen Gewerbe- und Handelsstrebenden in diese Unterstützungsaktion.

4. Krankenversicherung der Arbeitslosen und der durch die Krise erwerbslos gewordenen Gewerbe- und Handelsstrebenden und kleinen Landwirte auf Kosten des Staates sowie Beistellung von Ärzten und Medikamenten.

5. Sofortige Inangriffnahme einer durchgreifenden Winterhilfe in Form von Bekleidung, Heizungssaktion, sowie ausreichende Durchführung der Kartoffelzuteilungen.

6. Staatliche Mietzinshilfe, um die Arbeitslosen vor der Verloerung zu schützen.

7. Einstellung aller Steuererleichterungen gegen Gewerbe- und Handelsstrebende sowie Landwirte, wenn hierdurch ihre Lebenssituation gefährdet ist.

8. Wir nehmen in entgegengesetzter Form gegen die Verlegung der Industrien oder deren Züge aus dem deutschen Gebiete und gegen die Konzentrierung derselben im tschechischen Gebiete Stellung, weil dadurch die Gemeinden in ihren Einnahmen erheblich geschmälert werden und die Zahl der Arbeitslosen dadurch vergrößert wird.

9. Wir fordern die Beseitigung des Gemeindefinanzgesetzes und der Verwaltungsreform, weil durch diese beiden Gesetze die Gemeinden am schwersten geschädigt und sie zum Ruin gebracht haben.

10. Wir fordern die sofortige Aenderung der vollständig verfallenen Zoll- und Handelspolitik.

Die Parlamentarier aller Parteien werden ersucht, diese Forderungen mit allem Nachdruck zu vertreten. Sollten diese Forderungen nicht der entsprechenden Lösung zugeführt werden, so müßten die Gemeindevertreter die Verantwortung für die unabsehbaren Folgen ablehnen.

Diese Entschlieung soll in kürzester Zeit durch eine Deputation, der Bürgermeister Kostka-Reichenberg, Vizebürgermeister Priebech-Sokoloz, Bürgermeister Czirnich-Haida, Bürgermeister Segel-Trautenau und Bürgermeister Leinweber-Teichsen angehören, den zuständigen Regierungsstellen überreicht werden.

aktion jenen begraben Plan gegenüber, mit dem die Finanzbürokratie gekommen ist, so müssen wir dem so oft unterschätzten Parlament zuerkennen, daß es in kritischem Augenblick geistig hat, wie notwendig und daß es keine bloße Dekoration und kein kostspieliger Luxus ist, wenn die andern Faktoren mit ihm richtig umgehen und es zur Arbeit zulassen.

Es ist dies aber schließlich auch ein Erfolg der Regierung Malypetr, der das erfüllt, was er in seiner programmatischen Erklärung versprochen hat, daß er sich nämlich um eine bessere Zusammenarbeit mit dem Parlament bemühen werde und der das auch bald nach seinem Amtsantritt durch die Tat erwiesen hat. Vorkünftig hat sich der neuangetretene Weg im Interesse der Staatsfinanzen bewährt, aber wir zweifeln nicht, daß durch die Verbreiterung einer solchen loyalen Zusammenarbeit der Regierung mit den gesetzgebenden Körperschaften ein Erfolg für alle Zweige der Staatsverwaltung sich ergeben würde, nicht zu reden davon, daß damit vor der ganzen Bevölkerung das demokratische Parlament rehabilitiert wird.

Ein sonderbarer Sozialist scheint der uns übrigens sonst unbekannt ehemalige Abgeordnete des japanischen Parlaments Buni Suzuki zu sein, der wie wir gemeldet haben, dieser Tage in der Tschechoslowakei weilte. Der Genannte hat nun der „Prager Presse“ ein Interview gegeben, in dem er sonderbare Auffassungen verbreitet:

Die japanische Arbeiterschaft bedauert sehr, daß Japan gezwungen wurde, mit militärischer Gewalt in der Mandchurie einzugreifen. Es war aber dazu durch die Tatsache benommen, daß in China keine Regierung besteht, die die Kontrolle über das gesamte Land in den Händen hätte, und daß also niemand chinesischerseits den bestehenden Verträgen zur Achtung derselben konnte Japan hat seine Arme nach der Mandchurie entsandt, um die Verträge durchzuführen. Die Arbeiterschaft Japans ist gegen jede Gewalt, aber in dem konkreten Falle der Mandchurie gab es kein anderes Mittel. Das mandchurische Problem hängt eng mit dem japanischen Populationsproblem zusammen. Japans Bevölkerung steigt in jedem Jahre um neue 800.000 bis 900.000 Menschen, und Japan, ein kleines, bergiges Land, kann für sie weder Nahrung noch Erziehung schaffen. Die japanische Einwanderung nach Amerika und nach Australien ist verhindert. Wohin sollen die Leute gehen, die in Japan keine Erziehung finden?

Der Herr Suzuki mag ein guter japanischer Patriot sein, aber sozialistisch und sozialdemokratisch sind seine Äußerungen nicht. Das, was der japanische Befürworter der Tschechoslowakei gesagt hat, steht in striktem Gegensatz zu der Ueberzeugung der Sozialistischen Internationale, die erst jüngst in einer Entschlieung das japanische Vorgehen in der Mandchurie verurteilt hat. So wie es Suzuki tut, kann jeder Imperialismus und jeder Angriffskrieg verteidigt werden. Wenn der ehemalige Abgeordnete des japanischen Parlaments vielleicht zu dem Zwecke in die Tschechoslowakei gekommen ist, um für das Vorgehen der japanischen Regierung Stimmung zu machen, wird er keine besonderen Erfolge hierzulande erzielen haben.

### Die „Einheitsfronttaktik“.

Der Herr Gottwald, der Gottüberste der APC, hat mit seinem Signal zur Bildung der proletarischen Einheitsfront bisher nur den einen Erfolg gehabt, daß in seiner eigenen Partei eine arge Verwirrung entstanden ist. Es hat zahlreiche kommunistische Arbeiter gegeben, die gemeint haben, daß es der Leitung der APC wirklich darum gehe, den Bruderkampf in den Reihen der Arbeiterschaft zu liquidieren und diese Arbeiter waren daher bemüht, zu einer christlichen Verständigung mit den sozialdemokratischen Klassenkampfgenossen zu kommen. Das paßte aber dem Politbüro, dem das ganze Einheitsfrontmandat ja nur Mittel zu dem Zwecke ist, die Sozialdemokratie zu schwächen, nicht in den Kram und deshalb sah sich jetzt die kommunistische Presse genötigt, der Mitgliedschaft der APC in der Frage der Einheitsfronttaktik nochmals genauere Weisungen zu geben. Da steht nun z. B. die „Internationale“ (in der Nummer vom 27. November) den kommunistischen Arbeitern neuerdings — und diesmal mit aller Offenherzigkeit — auseinander, wie die Einheitsfront in Wirklichkeit gedacht ist. Was wir immer erklärt haben, wird jetzt ohne weiteres zugegeben: Das ganze Gerede von der Einheitsfront ist nur ein Lockmittel, um sozialdemokratische Arbeiter zur kommunistischen Partei und zur roten Gewerkschaft zu bringen. Dieses Ziel wird, so hofft die „Internationale“, am ehesten dadurch erreicht werden, wenn man die Sozialdemokratie und deren Führer — dabei ist auch vor den „unteren Funktionären der reformistischen Parteien und Gewerkschaften“ nicht halt zu machen — unaufhörlich beschimpft und verleumdet. Es ist gut, daß die kommunistische Presse damit selbst den Einheitsfrontschwandel entlarvt hat. Unsere Genossen wissen nun, was die Kommunisten mit ihrer Einheitsfrontparole beabsichtigen und sie werden sich darnach verhalten.

### Ein züchtiger Gen'or.

Der Karlsbader Zensur hat die Samstag-Ausgabe des Karlsbader „Volkswille“ beschlagnahmt wegen der Wiedergabe der Greuelzweien, die sich vor kurzem in einem rumänischen Gefängnis ereigneten. Der „Sozialdemokrat“ und seine Kopfblätter haben diese Darstellung in der die grauenhafte Mißhandlung eines verhafteten Mädchens geschildert wird, ansatzlos bringen können; selbst in unseren rumänischen Parteiblättern ist der Bericht erschienen, ohne daß die Behörde eingeschritten wäre. Im Czernowitzer „Volkswille“ wurde er, der nichts anderes enthält als den Wortlaut eines Protokolles ohne jede Einschränkung abgedruckt.

Ob der Karlsbader Zensur im Hinblick auf die Bundesgenossenschaft der Tschechoslowakei mit Rumänien oder aus sonstigen sittlichen Gründen gehandelt hat, ist vollkommen gleichgültig; er wollte jedenfalls verhindern, daß über die unglaubliche Mißhandlung einer wehrlosen Frau die Wahrheit berichtet wird und hat sich darum strafbar gemacht vor dem Gewissen der europäischen Menschheit. Das gibt es noch wenn auch sehr selten Zensuren daran teilhaben.

### Eine Rundgebung der Sozialversicherungsangestellten gegen den Gehaltsabbau.

Die Zentralrelativität der Gewerkschaftsorganisationen der Sozialversicherungsangestellten, die sämtliche Gewerkschaftsorganisationen der Angestellten der Sozialversicherungsanstalten in der Tschechoslowakischen Republik vereinigt, verhandelte den Entwurf über die Personalsparmaßnahmen des Ministeriums der Finanzen, welcher in den verflochtenen Tagen Gegenstand von Berichten in den Tageszeitungen gewesen war und verteidigt sich auf das Entschiedenste gegen die Bestrebungen, die Wirksamkeit der erwähnten Sparmaßnahmen auf die Angestellten der Sozialversicherungsanstalten auszudehnen.

Wir erachten den Entwurf des Finanzministeriums für äußerst tendenziös und ungerecht, insofern er sich bemüht, die Kategorie der Angestellten der Sozialversicherungsanstalten einzubeziehen, deren gute Rechte durch Kollektivverträge und Individualverträge garantiert sind, sowie auch durch Dienstordnungen, die von den zuständigen Ministerien genehmigt sind. Diese Verträge sollen aufgehoben werden, trotzdem diese Gehälter in keiner Richtung die Staatskasse irgendwie belasten, um deren Sanierung es sich eigentlich handelt, trotzdem die Sozialversicherungsanstalten autonome Körperschaften sind, unabhängig von der Staatsunterstützung.

Insofern es sich um die Finanzkrise handelt, in welcher sich gegenwärtig infolge des unzulänglichen Geheures die Krankenversicherungsanstalten befinden, haben die Angestellten dieser Anstalten, trotzdem sie die Krise nicht verschuldet haben, schon im August dieses Jahres freiwillige Opfer zum Vorteile dieser Anstalten, welchen sie dienen, gebracht, und zwar in einem progressiven Gehaltsabbau von 4 bis 10 Prozent, was ein Geschenk an die Krankenversicherungsanstalten von mehr als 6.000.000 K jährlich bedeutet.

Wir erachten somit den Inhalt des Entwurfes über die Sparmaßnahmen für eine augenscheinliche Ungerechtigkeit, die inlande ist, mit ihrem rückwärtsigen Vorgehen den geltenden Rechtszustand zu verletzen, zahlreiche Bestrebungen hervorzuheben, unzählige Rechts Schritte heranzubehaupten und überhaupt den Glauben an die Arbeit und an die Gerechtigkeit in diesem Staate sehr tief zu untergraben.

# Eine Falschmünzerwerkstätte in Schönbad ausgehoben

Eger, 28. November. Der Gendarmerie in der Stadt Schönbad ist es gelungen, eine Falschmünzerwerkstätte, in der tschechoslowakische Ein- und Fünf-Kronenstücke sowie auch reichsdeutsche Mark-Stücke hergestellt wurden, auszuheben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es sich hier um den Herstellungsort der falschen Markstücke, besonders der falschen Fünf-Markstücke handelt, die seit einiger Zeit im Grenzgebiet in Umlauf gesetzt wurden. In die Wohnung des Angeklagten in Schönbad Gustav G e r t e n e r und seiner Frau Kathilde wurden bei einer Hausdurchsuchung Metalle, Metallabfälle und mangelhafte Münzen sowie eine Anzahl von Stanzengrundformen und beschlagnahmt. In die Angelegenheit sind auch ein gewisser Rudolf S a m m e r l und eine gewisse Marie M e i n l i c h m i d t aus Großitz verwickelt. Die Meinschmidt war schon früher einmal im Verdacht gehalten, in Großitz falsches Geld in Umlauf gebracht zu haben.

Die falschen Münzen wurden aus Blei und Zinn hergestellt. Die eigentliche Werkstatt befindet sich in einem Wald bei Leibitzgrund in einem Felsenkeller, der von Strauchern verdeckt, sich den Kliden der Vorübergehenden verbirgt. Auch diese Werkstatt wurde entdeckt und daselbst zahlreiches Material aufgefunden. Die ganze Angelegenheit spielt sich auch nach Zochow, u. zw. nach Markneukirch und nach Erisbach hinüber. Dort sind die tschechischen Sicherheitsbehörden bemüht, die in Böhmen aufgefundene Spur weiter zu verfolgen. Gerstenecker ist österreichischer Staatsangehöriger und wurde zusammen mit seiner Frau, mit Rudolf Hammerl und mit Marie Meinschmidt verhaftet und dem Bezirksamte nach Wildstein übergeben. Die Nachforschungen werden fortgesetzt und dürfen noch überraschende Ergebnisse zeitigen.

Mit dem Autobus in den Winter. Zu Weihnachten, am 25. und 26. Dezember führt der Touristenverein „Die Naturfreunde“, die auf genügend Beteiligung einen Sonder-Autobus von Auffig nach Reichenberg auf die „Kotzschhöhe“ zum Naturfreundehaus. Daselbst findet bei günstigen Schneeverhältnissen das dritte internationale Winter-Touristen-Treffen statt. Die Reisekosten betragen 78 K für Klappstige und 92 K für Poststige. In den Reisekosten sind eingeschlossen: Fahrt ab Auffig und zurück, zwei Mittagessen, 1 Nachtmahl, Richtigungs-Matratzenlager (Betten gegen geringen Aufschlag von 4 K), und Unfallversicherung. Mit der Anmeldung, die spätestens zum 8. Dezember zu tätigen ist, ist eine Anzahlung von 50 K, bzw. 65 K zu leisten. Auskünfte, Anmeldungen und Prospekte durch die Geschäftsstelle des Touristenvereines „Die Naturfreunde“ Auffig, Marktplatz 11.

Eine Stadt muß ihr Rathaus verkaufen. Angesichts der schwierigen Lage der Gemeinde, die einen Schuldenstand von fast zweieinhalb Millionen Schilling aufzuweisen hat, wurde in einer vertraulichen Sitzung des Gemeinderates Sienz (Stirol) der Verkauf des hundertjährigen Rathauses beschlossen. Auch ein Teil der Kaserne soll feilgeboten werden. Aus dem Erlös hofft man, einen Teil der aufgelaufenen Zinsen begleichen zu können.

Nicht nur ein Nord... Gegen den Mann der Sängerin Gertrud Bindernagel ist neue Anklage erhoben worden, u. zw. wegen Verdröhung seines Kindes und wegen Körperverletzung an seiner Schwägerin.

Von einer Lawine verschüttet. Am 24. November sind, wie jetzt bekannt wird, bei Hagen im Sellraun (Tirol) der Sohn des Hüttenpächters der Hies-Hütte Franz Krammer und sein Kollege Fritz Siebel, die eine Skitour von der Gubener Hütte im Sellraun unternahm, unterhalb der Hieser Hütte von einer Lawine verschüttet worden. Siebel konnte sich selbst herausarbeiten, erlitt aber Erfrierungen an den Füßen. Krammer fand den Tod.

Baga unterstützt die Marktregulierung. Der Chef der Baga-Werte A. G., Johann Baga, widmete zu Gunsten des Landespräsidenten Cerud einen Betrag von einer Million K für das Land Wärrn-Schleien mit der Bestimmung, daß dieser Betrag für Regulierungsarbeiten der Mark verwendet werden soll.

Verstärkte Stenerintreiber. In Portugiesisch-Guinea sind ein Korporal und sechs eingeborene Soldaten bei der Eintreibung von Steuern von der eingeborenen Bevölkerung angegriffen worden. Der Korporal und drei Mann sollen erschlagen, zwei Mann verletzt worden sein.

Das Spiel mit den Schußwaffen. Ein Reichswehrsoldat führte in Berlin auf einer Straßenbahnfahrt einem Begleiter eine Pistole vor. Wählich ging ein Schuß los. Der Begleiter wurde in der Nagenagend verletzt. Der Reichswehrsoldat verurteilte, die Waffe gegen sich selbst zu richten, wurde jedoch davon gehindert.

Einwanderung nach Argentinien eingeschränkt. Am 1. Jänner des Jahres 1933 tritt in Argentinien das Gesetz in Wirksamkeit, das die Einwanderung in dieses Land erheblich einschränkt. Von dem Gesetz werden Angehörige aller Nationen betroffen.

Eine „unvorsichtige“ Selbstmörderin. In der Maximiliansstraße in München verübte Sonntag nachts die Hausangestellte eines Professors Selbstmord mit Dausgas. Da die Tür zum Nebenzimmer, in dem der 13jährige Sohn des Professors schlief, nicht geschlossen war, ist das Gas auch in den Nebenraum gedrungen und hat den Tod des Knaben herbeigeführt.

Mit dem Motorrad verbrannt. Ein Motorradfahrer aus Wehrheim im Taunus fuhr bei Frankfurt a. M. in voller Fahrt gegen eine Dreschmaschine. Bei dem Aufprall wurde der Benzintank des Rades zerrümmert. Der Inhaber

## Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Mittwoch:  
 Prag, 6.15: Symphonie, 18.25: Deutsche Sendung: Arbeiterfunk. Vlojaf: Not im Ergelbirge, 20: Klaviermusik. 22.15: Jazzmusik. — Brünn: 18.25: Deutsche Sendung: 18.25: Jüdisch: Aus dem Reiche der märkischen Heimatabender. — Berlin, 15.35: Getreidekolonialgefangen. — Breslau, 17.35: Violinsonaten. — Gumburg, 19.30: Drei Kurzgeschichten. — Langenberg, 20: Reister ihres Jachs. — Leipzig, 19.30: Francois Aubert. — München: 19.25: Chor-Gezang, 20: Samier Abend. — Wien, 15.45: Jüdische Musik, 19.05: Die heilige Elisabeth, Volkstheater.

des Tonis ging in Flammen auf. Da der Fahrer unter das Motorrad geraten war, verbrannte er. Sein Beifahrer, der vom Rad heruntergeschleudert wurde, kam mit dem Leben davon.

Mord und Selbstmord. In dem Ort Skolitsa bei Bist. Sv. Mikulas (Slowakei) unterhielt Andrej Beneška ein Liebesverhältnis mit seiner Cousine Elisabeth Konvitsova. Als er wahrnahm, daß die Mutter der Konvitsova dieses Verhältnis zu lösen bemüht war, lud er sie zu einer Unterredung ein, wobei er sie mit drei Revolverkugeln tötete. Hierauf nahm er sich selbst das Leben.

Die neuentdeckten Höhlen in der Slowakei. Wie der „Slovensky Uchod“ meldet, hat der Archäologe Dr. Böhm in Begleitung des Prof. Kretars der archäologischen Schule Dr. Karolyha die erste Forschungs Expedition in die Domica-Höhlen, das sogenannte „Teufelsloch“, unternommen. Nach einem anstrengenden Vordringen einige hundert Meter weit ins Innere der Höhle wurde festgestellt, daß auch diese Höhlen von ungeschätzbarer kulturhistorischer für die wissenschaftliche Erforschung der Domica eine große Bedeutung besitzen. Bisher wurden in der Domica rund 250.000 Gefäß-Scherben sowie andere wertvolle Gegenstände gefunden, die in elf Kisten im Gewicht von ungefähr 10 Meternquatern aufbewahrt wurden.

Tauernhof abgebrannt. Am Samstag um drei Viertel vier Uhr früh brach im Hotel „Schaidberg“ unterhalb der Tauernhöhe ein Brand aus. Wegen des ein Meter hohen Schmelz konnte nur die Feuerwehr von Döweng mit Rauschschleppern zum Brandplatz gelangen. Der Wächter des Hotels, Sportlehrer, Wirtspereger wurde im Schlaf vom Brand überrascht. Seine Kinder konnten nur mit knapper Not gerettet werden. Das Hotel ist bis auf die Mauern niedergebrannt.

Nächtlicher Raubüberfall. Als der Uhrmacher Adolf Hübler aus Altdorf in der Nacht auf Montag aus dem Gasthause heimkehrte, wurde er in der Nähe seiner Wohnung von zwei unbekannten Männern überfallen. Er wurde geschlagen und durch vier Messerschläge schwer verletzt. Die Täter konnten verhaftet und in der Person des 25jährigen Josef Berthel und des 26jährigen Franz Biedl identifiziert werden. Beide langten am Montagmorgen über schließlich durch die Strafpraxis in ihren Kleidern überführt werden. Der schwerverletzte Hübler wurde ins Reichenberger Krankenhaus überführt.

Neues Todesopfer des Segelfluges. In Strzhenhain verunglückte am Sonntag nachmittags auf dem Segelfluggelände der Strzhenhainer Höhe der Fluglehrer Peter, ein Bruder des bekannten Segelfliegers. Der Flieger hatte bereits einen wohlgeleitungen Flug beendet, als bei der Landung das Flugzeug aus etwa 50 Metern Höhe abstürzte und in Trümmer ging. Er wurde aber noch lebend geborgen werden, verstarb aber auf dem Transport zum Krankenhaus.

# Ein neuer Skandal in Brüx.

In der nationalsozialistisch verwerteten Stadtgemeinde Brüx haben zahlreiche Korruptionsaffären in den letzten Wochen das Interesse der Bevölkerung wachgerufen. Kommt doch die Affäre beim Verkauf des Kommandogartens ein wenig in Vergessenheit geraten ist, wurde eine neue Affäre enthüllt, und zwar handelt es sich diesmal um das Brüxer Krematorium, wo von einzelnen dort beschäftigten Angestellten ein Handel mit Särgen begangen wurde, der für die Beteiligten vielleicht einmal ein ganz schmerzhaftes Geschäft hätte werden können.

Der Vorgang, um den es sich hier handelt, ist geradezu ungläublich und beleuchtet die Zustände in der Brüxer Stadtverwaltung blühend. Bei einer im Jahre 1928 erfolgten Einäscherung wurde die Leiche im Metallfarg eingeschickt, während der hölzerne Ueberfangorg nicht verbrannt wurde. Auf eine Anfrage des Feuerbestattungsvereins „Kamme“ wurde die Auskunft erteilt, daß der hölzerne Sarg zu Feuerholz zerhackt wurde! Später wieder soll ein schwarzlackierter Metallfarg, der bei den Trauerfeierlichkeiten noch zu sehen war, nicht mit den Flammen übergeben worden sein. Es konnte bisher noch nicht einwandfrei festgestellt werden, ob auch noch weitere solche Fälle zu verzeichnen sind. Immerhin hat sich die Gendarmerie auf Grund ihrer Erhebungen schon dafür entschlossen, den Beamten Fischer zu verhaften. Die Verwaltung des Krematoriums hat die Zurückbehaltung des Metallfarges damit begründet, daß nach den bestehenden Vorschriften solche Metallfarge nicht verbrannt werden

dürfen. Wenn das wirklich zutrifft, dann hätten sie eben auf andere Weise vernichtet, aber nicht noch einmal zum Verkauf angeboten werden dürfen. Es ist deshalb zu begrüßen, wenn der Stadtrat und die Staatsanwaltschaft sich entschlossen, diese Skandalaffäre, die von einer ungläublichen Pietätlosigkeit der Beteiligten zeugt, gründlich zu untersuchen.

In dieser Affäre kommt aber noch eine zweite. Eine Firma aus Wogitzsch warb sich in einem Schreiben an den Brüxer Drogerien Seidl, in welchem mitgeteilt wird, daß der Leiter des Krematoriums Fischer von ihr Provision für die Lieferung von Särgen verlangt und auch erhalten habe.

Diese neuen Affären sind nicht nur charakteristisch für den Geist, der in den letzten Jahren in der Brüxer Stadtverwaltung plügendes hat, sondern auch deshalb sehr bedauerlich, weil dieser Skandal von den Gegnern der Feuerbestattung zu einer wüsten Hege gegen sie benutzt wird. Wir hoffen deshalb, daß die Angelegenheit rasch und gründlich untersucht wird und die Schuldigen rückstandslos zur Verantwortung und Rechenschaft gezogen werden.

Im übrigen wird sich die sozialdemokratische Partei es noch nicht angelegen sein lassen, eine Säuberung der städtischen Verwaltung von korrupten Elementen zu betreiben. Es ist interessant, daß sich gerade unter der neuen Verwaltung der Gemeinde Brüx solche Affären entwickeln konnten. Offenbar das der Anfang vom Dritten Reich...

## Tagesneuigkeiten

### Mißglückter Raubüberfall in Brünn.

Brünn, 27. November. Gestern gegen sieben Uhr abends ereignete sich in der Traßk der A. Kofulova am Präl in Brünn ein unbekannter junger Mann. Die Traßkantin war zu dieser Zeit allein im Laden. Der Unbekannte zog einen Revolver, den er gegen die Traßkantin richtete und wollte sich der Schublade mit dem Geld bemächtigen. Die überfallene Traßkantin rief um Hilfe, worauf ihre Mutter, die in der neben dem Laden gelegenen Küche weilt, herbeieilt. Als die Mutter den unbekanntem jungen Mann mit dem auf ihre Tochter gerichteten Revolver sah, ließ sie wieder in die Küche zurück, verperrte die zur Traßk führende Tür und eilte durch eine andere Tür auf die Gasse, wo sie Alarm schlug. Der Räuber ergriff nun die Flucht. Er wurde verfolgt, doch gelang es ihm zu entkommen.

### Ein Mensch wurde zerstückelt?

#### Grausiger Fischzug aus der Donau.

Wien, 27. November. Nachdem in den letzten Tagen am Donauufer ein Menschenarm aufgefunden worden war, wurde gestern Abend von Fischern in der Einmündung des Donaukanals am linken Donauufer wieder ein Leichenteil, und zwar ein ganzer menschlicher Oberkörper aus dem Wasser gezogen. Es zeigte sich, daß der Oberkörper im Hüftgelenk und in der Armegeleknappel glatt durchgeschnitten ist. Ob der früher gefundene Arm und der Oberkörper von ein und derselben Person herrühren und ob sie von einer Frau oder einem Manne herkommen, konnte noch nicht festgestellt werden. Heute wurden am linken Donauufer im Gemeindegelände Edariskau noch weitere Leichenteile gefunden, und zwar eine menschliche Lunge und Eingeweide, die ebenfalls von Menschen herrühren dürften. Nach diesen Funden hat sich der Verdacht, daß ein Mensch ermordet und zerstückelt wurde, noch mehr verstärkt. Die Ergebnisse werden fortgesetzt.

### Entgleisung auf einer Geißschwebbahn

Freiburg, 26. Oktober. Auf der nach dem Schaumstand führenden Geißschwebbahn ist Samstag Abend eine Kabine entgleist und abgestürzt. Von den Insassen wurde der Schaffner und ein Tourist getötet. Ein zweiter Tourist erlitt lebensgefährliche Verletzungen. Der schwerverletzte Insasse ist ein in London wohnender Vertreter eines Freiburger chemischen Laboratoriums, der sich seit einigen Tagen in Freiburg geschäftlich aufhält. Er ist britischer Staatsangehöriger, heißt Wilhelm K ü h l e n t a l und stammt aus Xanten am Rhein. Sein Zustand ist sehr ernst. Sein Begleiter, der bei dem Unfall getötet wurde, ist ein Freiburger Chemiker. Das Unglück ereignete sich auf der Fahrt zur Talstation.

Die Untersuchung hat ergeben, daß das Unglück auf ein Versehen des tödlich verunglückten Schaffners zurückzuführen ist. Die Kabine ist etwa drei Meter tief abgestürzt. Technische oder Konstruktionsfehler der Bahn liegen nicht vor.

### „Ein schlechter Scherz.“

#### Schüler als Bombenleger.

Neustettin, 27. November. Mehrere Schüler des Hedwig-Gymnasiums, die von einem Vereinbetrug nach Hause gingen, versuchten in der Nacht zum Sonntag vor dem Hause eines Lehrers einen selbst hergestellten Sprengkörper zur Entzündung zu bringen. Die Explosion erfolgte aber vorzeitig in der Hand eines Schülers, des 18jährigen Gymnasialisten Meinrat M e r z. Der Schüler wurde durchsichtbar zugerichtet. Die linke Hand wurde ihm abgerissen. Ein Teil der Leber ging ihm ins Gesicht, wodurch Augen und Gehör hart in Mitleidenhaft gezogen wurden. In hoffnungslosem Zustande wurde der Verletzte ins Krankenhaus gebracht. Die anderen Schüler kamen mit dem Schrecken davon.

Nach den polizeilichen Ermittlungen war lediglich ein schlechter Scherz der Schüler beabsichtigt. Sie hatten ihrem Klassenlehrer einen Schrecken einjagen wollen.

### Verhaftung Ludwig Renns.

Berlin, 28. November. Der Schriftsteller Arnold Biedt von Gollschau genannt Ludwig Renn („Der Krieg“), der bei der Durchsuchung der Marxistischen Arbeiterschule in der Schilderstraße festgenommen war, wurde heute dem Vernehmungsrichter unter der Beschuldigung vorgeführt, Umsturzpläne in Aufzeichnungen und Schriften verbreitet zu haben. Gegen ihn wurde Haftbefehl wegen Vorbereitung zum Hochverrat erlassen.

### Vom Zuge getötet.

Pardubitz, 27. November. Gestern abends ging der Streckwächter Franz Machač aus Pörlau auf der Eisenbahnstrecke zwischen Pörlau und der Haltestelle Balz zwischen den Geleisen. Als er hinter sich den herannahenden Schnellzug Pardubitz-Prag hörte, sprang er auf das Nebengeleise, wo ihn aber der Motorzug der Strecke Pörlau-Choctice erfaßte und tötete.

### Erdstöße in Holland.

Amsterdam, 28. November. In verschiedenen Orten der Provinzen Sündbrügge und Nordbrabant wurden wieder Erdstöße wahrgenommen. Besonders stark waren die Stöße in der Stadt Herzogenbusch zu verspüren.

### Eine Mauer mit Fresken überfledelt

Neapel. Einen in seiner Art bisher einzig dastehenden Transport einer von wertvollen Fresken bedeckten Mauer wurde in der Kirche Donna Regina in Neapel durchgeführt. Die Mauer zeigt in einzigartigem Stil Szenarien aus dem Leben des Heiligen Franziskus; sie stammt aus der zweiten Hälfte des XVI. Jahrhunderts, wiegt 60 Tonnen und ist 60 Quadratmeter groß. Die Szenen sind ein Werk des berühmten Malers Francesco Solimena. Bei der Rekonstruktion mußte die ganze Wand mit den Fresken, die isoliert stand, zurückverschieben werden. Nach Vorbereitungen, die viele Monate dauerten, wurde die Wand verpackt und mittels Stahlkabeln wie auf einer Bühne an ihren Bestimmungsort gebracht.

### Nur ein Scherz?

In Neustettin platzte eine Bombe. Nicht zeitgerecht, so daß der „Scherz“, dem sie dienen sollte, nicht ausgeführt werden konnte. Dafür verletzte sie einen der „Scherzenden“ tödlich. Die Verantwortlichen des „Scherzes“ waren Gymnasialisten und die Bombe war einem ihrer Lehrer zugebacht, den sie aus dem Schlafe stören sollte. — Wem fällt nicht, wenn er diese Nachricht liest, die Parallele ein, die sich vor einigen Monaten in Schlesien zutrug? Dort wollte ein SA-Mann eine Bombe gegen einen sozialdemokratischen Redakteur werfen; sie platzte in seiner Hand und tötete ihn. — Es ist immer die gleiche Geistesart, ob nun SA-Leute zu Bomben greifen, um politische Gegner zu töten oder Gymnasialisten, um ihren Lehrer zu erschrecken; die Vorfälle zeigen die beispiellose Verrohung der deutschen Jugend, an der deren Erzieher zweifellos einen beträchtlichen Anteil haben. Der Naziglaube hielt Einzug an den deutschen Universitäten; der deutsche Oberlehrer, der sich vor dem Kriege seinen Schülern gegenüber als Stellvertreter Wilhelms aufspielte, ist leider noch nicht jenseitigen Angebens, sondern gibt sich als Diener Hitlers und predigt die Revancheidee. Soeben geht ein Bild durch die Wälder, das zeigt, wie ein deutscher Professor seinen Schülern mit Hilfe von Finanzdaten eine Schlacht erklärt. — Ist es ein Wunder, daß die Bombendeologie unter der studierenden Jugend gedeiht, unter derselben Jugend, die dereinst die Erziehung des Nachwuchses übernehmen wird? Ist es ein Wunder, daß die Jugend Bomben als Scherzartikel betrachtet und sie gegen jene verwendet, die die Bombengesinnung in ihr wecken? Es sollte ein Scherz sein, aber das Spiel der deutschen Jugend mit Bomben und Revolvern ist grauenvoller Ernst. Wird die Bombe, die den Lehrer aus dem Schlafe reizen sollte, das deutsche Volk zum geistigen Erwachen bringen und vor allem jene, die für die Erziehung der deutschen Jugend verantwortlich sind?



